

Marcus Böick
Constantin Goschler
Ralph Jessen (Hg.)

Jahrbuch Deutsche Einheit 2022

Ch.Links VERLAG

Das Jahrbuch Deutsche Einheit entsteht in Kooperation mit
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.



Editorische Vorbemerkung:

Die Anmerkungen finden sich jeweils am Ende der Beiträge.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über
www.dnb.de abrufbar.

Ch. Links Verlag ist eine Marke der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG

© Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin 2022

www.christoph-links-verlag.de

Prinzenstraße 85, 10969 Berlin

Lektorat: Dr. Daniel Bussenius, Berlin

Satz: Marina Siegemund, Berlin

Umschlaggestaltung: Nadja Caspar, Ch. Links Verlag

Druck und Bindung: Druckerei F. Pustet, Regensburg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-96289-162-6

Inhalt

<i>Marcus Böick · Constantin Goschler · Ralph Jessen</i> Editorial	7
<i>Philipp Ther</i> Kotransformation – Reichweite und Grenzen eines Konzepts	15
<i>Agnes Arndt</i> Zivilgesellschaft als Treiber der Kotransformation? Ein intellektuelles Konzept und seine politischen Implikationen	37
<i>Claudia C. Gatzka</i> Demos deluxe? »Das Volk« der Bundesrepublik vor und nach 1989/90	53
<i>Anna Hesse</i> »Weiter so« oder »Neuanfang«? Die Hauptstadtdebatte vom 20. Juni 1991	77
<i>Ariane Leendertz</i> Verbundföderalismus schlägt Wettbewerbsföderalismus Vom Scheitern neoliberaler Reformen im vereinten Deutschland	91
<i>Stefan Pulte</i> Ein »Plagiat der deutschen Einigung«? Europabild und -politik in der Transformationsgesellschaft am Beispiel der PDS und der Debatte um den Maastrichter Vertrag	115

Dietmar Süß

Linke Sinnsuche

Die Sozialdemokratie nach dem »Sieg des Westens«

131

Christian Rau

Von der Treuhand zur »Agenda 2010«

Die Gewerkschaften im bundesdeutschen Krisenmanagement der 1990er-Jahre

149

Alexander Heit

Von der Kokontingenz zur Kotransformation?

Die Gewerkschaft der Polizei und Gewerkschaft der Volkspolizei im Einigungsprozess

167

Anne Kremer

**Transformierte Geschlechterpolitiken
in der »Gewerkschaftseinheit«?**

Betriebliche Frauenförderung und die vereinigte IG Metall

183

Benno Nietzel

Von Kurzarbeit Null zu Hartz IV

Arbeitsmarktregime, berufliche Weiterbildung und Kotransformation nach der Wiedervereinigung

197

André Steiner

**Was hatte die Zeiss-Krise 1993–1995
mit der Wiedervereinigung zu tun?**

Das Unternehmen Carl Zeiss und die Kotransformation

213

Stefan Berger

Vom Osten lernen?

Konzeptionalisierungen von Strukturwandel im Ruhrgebiet im Kontext des deutschen Vereinigungsprozesses

229

Autorinnen und Autoren

251

Editorial¹

Ob es die »Zeitenwende« zum Wort des Jahres 2022 schafft? Die Chancen stehen nicht schlecht. Seit dem völkerrechtswidrigen Angriff russischer Truppen auf die Ukraine am 24. Februar herrscht jedenfalls in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit und fast über das gesamte politische Spektrum hinweg das Empfinden, Zeuge einer tiefen Zäsur der europäischen Geschichte zu sein. In kürzester Zeit fielen als unumstößlich angesehene Prinzipien der deutschen Nachkriegspolitik wie ein Kartenhaus zusammen: Waffenlieferungen an eine Kriegspartei waren plötzlich kein Tabu mehr, sondern wurden zum moralischen Gebot europäischer Solidarität. Die Friedensdividende, die die Bundesrepublik nach Ende des Kalten Krieges eingestrichen hatte, galt schlagartig als ungedeckte Hypothek. »Frieden schaffen ohne Waffen« – vor genau 40 Jahren von Robert Havemann und Rainer Eppelmann zum zugkräftigen Slogan eines »Berliner Appells« der regimekritischen Friedensbewegung in der DDR gemacht² – wirkte nunmehr aus der neuen Zeit gefallen. Energie-wirtschaftliche Verflechtungen mit Putins Russland, die man gestern noch als ökonomisch notwendige wie politisch erwünschte Bedingung konfliktdämpfender Interdependenz gelobt hatte, wurden als fatale Abhängigkeit erkannt, aus der man sich seither um fast jeden Preis befreien will. Ein grüner Wirtschaftsminister und bekennender »Schweinswal-Fan«, der den Bau von Terminals für Liquefied Natural Gas (LNG) an der Nordseeküste gegen empörte Umweltverbände durchdrückt und zivilgesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten im Planungsverfahren herunterfahren will: verkehrte Welt – Zeitenwende.

Die zeitgenössische »Erfahrungszäsur« verläuft fast synchron mit der einsetzenden »Deutungszäsur«, also der Neubestimmung umfassender Interpretationen und Begriffe im politischen Diskurs und in der wissenschaftlichen Reflexion.³ Wie weit diese trägt und was sich am Ende in neuen Großnarrativen

verfestigt, wird sich zeigen. Ein sicheres Indiz für die Tiefe der gegenwärtigen Zäsurwahrnehmung sind die allerorten zu beobachtenden Rückgriffe in die Geschichte, sei es zur geschichtspolitischen Legitimation, sei es zur historischen Einordnung. Putin und die russische Propagandamaschine erfinden und lancieren historische Legitimationserzählungen, die sich vom Kiewer Rus bis zur »Entnazifizierung« erstrecken und deren Kontinuitätsbehauptungen in krassem Gegensatz zu ihrer instrumentellen Ad-hoc-Konstruktion stehen. Das ukrainische Nation-Building wird man – wie alle Nationsbildungsprozesse – mit Eric Hobsbawm auch als »invention of tradition« analysieren können.⁴ In Deutschland bekommt die politische »Zeitenwende« historische Schärfentiefe, indem sie zur Infragestellung bis hin zur Revision angeblich oder tatsächlich seit Langem tradierter außen- und innenpolitischer Orientierungen und Werthaltungen genutzt wird. Gab es nicht seit dem Vertrag von Rapallo im Jahr 1922 immer wieder Bemühungen um deutsch-sowjetische beziehungsweise deutsch-russische Sonderbeziehungen zulasten der ost- und ostmitteleuropäischen Staaten? Müssen die bundesrepublikanische Energiepolitik und überhaupt die Wirtschaftsbeziehungen mit Moskau seit den späten 1960er-Jahren grundsätzlich neu gedeutet und gewertet werden? War das entspannungspolitische Credo von »Wandel durch Handel« ein »epochaler Irrtum«?⁵ Wird die »Zeitenwende« in der deutschen Verteidigungspolitik eine Neubewertung ihrer Geschichte nach sich ziehen? Wie steht es in Zeiten neuer Wehrhaftigkeit um die Geschichte von Pazifismus, Antimilitarismus, »Ohne mich«, »Kampf dem Atomtod« und Ostermarschbewegung? Kurz: Wie stark drängt die aktuelle Zäsurerfahrung dazu, neu und anders auf die jüngste Vergangenheit zu blicken – gerade auch auf die ohnehin in den letzten Jahren intensiv diskutierte Geschichte des vereinten Deutschlands nach 1990?

Bis jetzt bewegen Fragen dieser Art vor allem die geschichtspolitische Debatte und die politische Essayistik. Für die historische Forschung stellt sich erneut die Frage, die Barbara Tuchman bereits 1964 formuliert hat: »Sollte [...] man über Geschichte schon schreiben, während sie noch qualmt?«⁶ Nach 1989/90 war der Satz in aller Munde, als die untergegangene DDR, aber auch die alte Bundesrepublik über Nacht zum scheinbar kaum kartierten Terrain der Geschichtswissenschaft geworden waren. Zu Recht betonten Historikerinnen und Historiker damals das Risiko, dass historische Fragestellungen und Urteile durch allzu große Gegenwartsnähe eher verzerrt als geklärt werden. Andererseits war es damals wie heute evident, dass disruptive Ereignisse die Perspektive historischer Forschung und Interpretation nachhaltig verändern. Die »Sehepunkte« der zeithistorischen Forschung haben immer etwas mit der

unmittelbaren Gegenwartserfahrung der Historikerinnen und Historiker zu tun. Es wird sich zeigen, welche Blickverschiebungen, Themenwechsel und Neuinterpretationen sich für die Geschichtswissenschaft aus der aktuellen Entwicklung, die ja bei Weitem noch nicht abgeschlossen ist, ergeben mögen. Wir werden sehen, ob aus der »Erfahrungszäsur« der Zeitgenossen auch tatsächlich eine substantielle zeithistorische »Deutungszäsur« werden wird.

Das *Jahrbuch Deutsche Einheit* wird diesen Prozess der Neujustierung im Blick behalten. Der enge Zusammenhang zwischen aktuellen Entwicklungen und methodisch reflektierter, wissenschaftlicher Historisierung ist für ein Periodikum, welches »die deutsche Einheit als Geschichte der Gegenwart« thematisiert,⁷ kein neues Problem. Bereits die Gründung des Jahrbuchs wurde durch dieses Spannungsverhältnis motiviert und angetrieben: Die anhaltende Fremdheit zwischen Ost und West, die Friktionen in der »Vereinigungsgesellschaft« und die unterschiedlichen Erwartungen, die an die »Deutsche Einheit« gerichtet werden, sollten und sollen auch in Zukunft als Impulse historischer Reflexion und Forschung aufgenommen werden und empirische Studien inspirieren. Auch der vorliegende Band verdankt seine leitenden Begriffe und seinen roten Faden gegenwartsnahen Entwicklungen, die zum Ausgangspunkt historisch-kritischer Perspektivierung werden.

So wird in den jüngsten Diskussionen zunehmend kritisiert, dass der deutsche Einigungsprozess bislang vor allem mit Blick auf Ostdeutschland untersucht wurde, so als wäre diese Entwicklung an Westdeutschland einfach vorübergegangen. Auf diese Weise wird die historische Grundkonstellation der Jahre nach 1990 mental verlängert, denn das Konzept der Transformation, wie es damals von der Politik favorisiert und von den Sozialwissenschaften vielfach analysiert und nicht selten auch implizit legitimiert wurde, zielte letztlich auf eine einseitige politische, ökonomische und gesellschaftliche Anpassung des Ostens an den Westen. Im Zeichen des Post-Cold-War-Optimismus wurde dies zugleich als letzter Schritt auf Deutschlands »langem Weg nach Westen«⁸ gefeiert. Gegen eine solche Perspektive der nachholenden Modernisierung und Verwestlichung Ostdeutschlands erhoben sich vor allem im Osten immer wieder kritische Stimmen. Aber indem sie diesen Prozess normativ verurteilten, sahen sie ihn zugleich als faktisch gegeben an.

Demgegenüber brachte der Wiener Sozialhistoriker Philipp Ther bereits 2014 einen anderen Dreh in die zeithistorische Debatte: Mit seinem Begriff der »Kotransformation« warf er die Frage auf, inwieweit die tiefen Umbrüche im postkommunistischen Europa östlich der Elbe auch auf »den Westen« zurückgewirkt hatten.⁹ Ther, der sein Argument in einer nicht auf Deutschland

beschränkten, europäischen Perspektive entwickelte, interessierte sich dabei vor allem dafür, wie die postkommunistischen Staaten Ost- und Ostmitteleuropas nach dem Umbruch in den Jahren 1989 bis 1991 in einem ersten Schritt zu »Laboren« einer neoliberalen Schocktransformation wurden, die dann in einem zweiten Schritt auch Politik und Gesellschaft in den westeuropäischen Staaten beeinflusste. Bei diesen Überlegungen handelt es sich nicht um eine ausbuchstabierte Theorie der Transformation, sondern um eine äußerst anregende forschungsleitende Hypothese. Der große heuristische Reiz dieser Überlegung liegt in der durchaus provokant gemeinten Perspektivumkehrung beziehungsweise -verschränkung: Transformation nicht mehr als west-östliche Einbahnstraße, sondern als komplexes Beziehungs- und Interaktionsverhältnis.

Die Beiträge dieses Jahrbuchs lassen sich hiervon anregen, um die oftmals beklagte, aber bislang kaum ernsthaft herausgeforderte Beschränkung der Erforschung der Transformation auf Ostdeutschland zu überwinden. Die Autorinnen und Autoren testen auf jeweils eigene Weise an ihren Themen und Quellen das Konzept der »Kotransformation«, modifizieren dieses auch, erweitern seinen Bezugszeitraum und spielen sein analytisches Potenzial an unterschiedlichen Gegenständen und Konstellationen durch, um die Veränderung Westdeutschlands im Transformationsprozess seit 1990 zu untersuchen. *Philipp Ther* hat aus diesem Anlass in einem Beitrag, der dieses Jahrbuch eröffnet, sein Konzept nochmals erweitert und geschärft und dabei vor allem auch die Komplexität der angestrebten Kausalanalyse erhöht: In seiner ursprünglichen konzeptionellen Annäherung hatte er die Kotransformation gewissermaßen als neoliberalen Bumerang beschrieben, der nach eindrucksvollem Parabelflug gen Osten wieder nach Westen zurückrotierte und dort manchem hart an den Kopf prallte. In der erweiterten Konzeption fordert er nun eine »multi-vektoriale Kausalanalyse« ein, die neben West-Ost-West-Transfers auch weitere, interdependente Vektoren, die von Westeuropa, Nordamerika oder auch globalen Kontexten ausgehen, systematisch einbeziehen sollte. Die ursprüngliche Stoßrichtung des Ansatzes bleibt jedoch auch in seiner Neubestimmung des Konzepts der Kotransformation erhalten: Der Westen habe versucht, im Osten eine neoliberale Reform anzustoßen und gleichzeitig umgekehrte Einflüsse abzublocken. »Bei der Frage«, so Ther, »was trotz des Containments aus dem Osten den Westen erreichte, lautet meine skeptische Antwort: nur sehr wenig von den demokratischen Revolutionen, dagegen viel von der neoliberalen Revolution, die im Frühjahr 1990 als zweite Phase des revolutionären Umbruchs begann und in die neoliberale Transformation einmündete.«¹⁰

Insgesamt zwölf Autorinnen und Autoren greifen in diesem Jahrbuch die Impulse auf, die vom Konzept der Kotransformation ausgehen, und untersuchen an empirischen Beispielen, inwieweit sich Rückwirkungen der Transformation in Ostdeutschland auf die Bundesrepublik feststellen lassen, wie diese gegebenenfalls aussahen und wie sie sich zu den Folgen anderer transnationaler Verflechtungen und globaler Dynamiken verhielten. Das vor allem am Beispiel von Polen, Tschechien und der baltischen Staaten entwickelte Modell der Kotransformation weicht im deutsch-deutschen Fall allerdings insofern ab, als sich der vom Westen ausgehende Impuls nur bedingt als neoliberal bezeichnen lässt: Dies galt namentlich für die ökonomischen Rezepte, die eher in der Tradition des bundesrepublikanischen Korporatismus als des marktfreudigen Washington Consensus standen. Angesichts der Beiträge dieses Jahrbuchs könnte eine vorläufige Zwischenbilanz zur Frage der Kotransformation Westdeutschlands lauten: Die Transformation Ostdeutschlands begann zunächst als rascher »Nachbau West«, das heißt als Anpassung an die alte Bundesrepublik. Auf diese Weise überdeckte diese »konservative Transformation« zunächst gleichzeitig den strukturellen Reformstau in Westdeutschland. Mittelfristig beförderte die Transformation Ostdeutschlands jedoch auch Reformen in Westdeutschland. Passend für diesen Zusammenhang erscheint aber eher das Bild eines Katalysators und weniger das eines neoliberalen Bumerangs. Überdies, auch das zeigen die Beiträge dieses Jahrbuchs, muss Philipp Thers Warnung vor vereinfachten Wirkungsketten besonders ernst genommen werden: Eine multivektorale Kausalanalyse, wie er sie nunmehr vorschlägt, muss nicht zuletzt fragen, inwieweit die Veränderungen im geografischen Bereich der alten Bundesrepublik nach 1990 auf Rückwirkungen aus der ostdeutschen Transformation oder nicht doch eher auf Einflüsse aus Westeuropa oder den USA zurückzuführen beziehungsweise überhaupt als Globalisierungsfolgen anzusehen sind.

Den hier unternommenen »Praxistest« gehen die Autorinnen und Autoren in sehr unterschiedlicher Weise und mit diversen Folgerungen an. Nach dem Aufschlag von Philipp Ther folgt eine Gruppe von Autorinnen, die sich möglichen Kotransformationen im Feld von Staatlichkeit beziehungsweise in der Sphäre des Politischen annehmen: *Agnes Arndt* greift mit der »Zivilgesellschaft« einen der schillerndsten und faszinierendsten politischen Begriffe der 1980er- und 1990er-Jahre auf. Verdankte sich dessen Wiederentdeckung tatsächlich den antidiktatorischen Protest- und Demokratiebewegungen in Osteuropa, von wo aus er in den Westen ausstrahlte und die politische und intellektuelle Debatte stimulierte? Ganz so einfach war es offenbar nicht, wie die

Autorin argumentiert, die den global ausgreifenden ideen- und begriffsge-
schichtlichen Diskussionskontext hervorhebt. *Claudia C. Gatzka* beschäftigt
sich mit medialen »Demos«-Konzeptionen in den 1980er- und 1990er-Jahren
und stellt so die feuilletonistische Rekalibrierung der ostdeutschen Teilbevöl-
kerung heraus, die an ältere Rasonnements über eine vermeintlich »unpoliti-
sche« und konsumorientierte Kohl-Wählerschaft der späten 1980er-Jahre
anknüpfte. *Anna Hesse* geht in ihrem Beitrag einer sehr unmittelbaren Ko-
transformation nach und widmet sich der parlamentarischen Debatte um die
»Hauptstadtfrage« im Bundestag, in der auch der politische Ort der kommen-
den Republik maßgeblich mitverhandelt wurde. Während der Umzug zahlrei-
cher Bundesministerien vom Rhein an die Spree bis zur Jahrtausendwende als
sichtbares Zeichen einer gewandelten (und neu möblierten) Republik gelten
kann, scheint der bundesdeutsche Föderalismus in seinen Grundstrukturen
hiervon weniger betroffen zu sein: *Ariane Leendertz* sieht im nach 1990 durch
die fünf Länderneugründungen gen Osten übertragenen Verbundföderalismus
ein letztlich unüberwindbares »Bollwerk« vielfältiger Länderinteressen gegen
durchgreifende, zeitgeistig-neoliberal getönte Reforminitiativen hin zu mehr
»Wettbewerb« zwischen den einzelnen Bundesländern.

Die Auswirkungen möglicher Kotransformationen auf verschiedene poli-
tische und gesellschaftliche Organisationen untersucht eine zweite Gruppe
von Beiträgen. Insbesondere geht es dabei um die Parteien der politischen
Linken: *Stefan Pulte* wendet sich den Europavorstellungen der zur PDS ge-
wandelten Ex-Staatspartei der DDR zu, die sich meist sehr kritisch an den
zeitgenössischen Politikentwürfen aus Brüssel abzuarbeiten pflegte – insbe-
sondere mit Blick auf den Maastrichter Vertrag von 1992, der die Europäische
Gemeinschaft in eine Union verwandelte. Während sich die postkommunis-
tische Linke im Osten also gen Westen orientieren musste, hatten sich die
Sozialdemokraten ebendort mit den herausfordernden politisch-programma-
tischen wie praktischen Folgewirkungen der Zäsur von 1989/90 auseinander-
zusetzen: In diesem Zusammenhang spürt *Dietmar Süß* der »Sinnsuche« in der
weiterhin westdeutsch dominierten Sozialdemokratie nach, die in den 1990er-
Jahren ihre historischen Wahlniederlagen im Jahr 1990 und mithin den Ab-
schied vom Sozialismus als Fernziel in Opposition zur »ewigen« Kanzlerschaft
Kohls auf unterschiedliche Weisen reflektieren und verarbeiten musste – und
so auch neue Wege in die spätere rot-grüne Regierungszeit ebnete.

Jenseits der politischen Parteien waren es die Gewerkschaften, die nach
1990 zu wichtigen, aber hinsichtlich ihrer Wirksamkeit durchaus unterschied-
lich bewerteten Akteuren des Umbruchs aufstiegen, wie gerade in den letzten

Jahren eine dichte zeithistorische Forschung an zahlreichen Beispielen herauszuarbeiten begonnen hat. *Christian Rau* zieht eine lange Linie von den frühen 1990er-Jahren in die 2000er-Jahre hinein und geht dabei dem gewerkschaftlichen »Krisenmanagement« nach, das sich keineswegs nur im Spagat zwischen Arbeitnehmerinteressen in Ost und West erschöpfte, sondern sich zunehmend auch auf mögliche Strategien zur Bearbeitung übergreifender, globaler Wandlungsprozesse in der Arbeitswelt fokussierte. Zeitlich und sachlich enger gefasst argumentiert demgegenüber der Beitrag von *Alexander Heit*, der den Einigungsprozess der west- und ostdeutschen Polizeigewerkschaften ins Auge fasst und diesen als gemeinsame Kontingenzbewältigung deutet, die letztlich langfristig organisationellen Kotransformationsprozessen Vorschub geleistet habe. Den gewerkschaftlichen Geschlechterpolitiken geht schließlich der Beitrag von *Anne Kremer* nach, die die betriebliche Frauenförderpolitik in den Reihen der IG Metall thematisiert, die erheblich von den übergreifenden genderpolitischen Ost-West-Friktionen der frühen 1990er-Jahre mitbestimmt wurde.

Eine dritte Gruppe von Beiträgen setzt sich schließlich mit übergreifenden sozialstaatlichen, wirtschaftlichen und industriepolitischen Wandlungsprozessen in der »Vereinigungsgesellschaft« auseinander. *Benno Nietzel* analysiert in seinem Beitrag die Veränderung der Arbeitsmarktregime im Vorfeld der späteren Agenda-Reformen, die oftmals als eindruckliches Beispiel einer Kotransformation in der Sphäre der Sozialpolitik angesehen werden – hatte doch die in Ostdeutschland aufbrechende Massenarbeitslosigkeit die schon zuvor beklagte »Schieflage« der sozialen Sicherungssysteme nochmals massiv verstärkt. Die krisenhafte Beziehungs- und Vereinigungsgeschichte der beiden ost- und westdeutschen Unternehmen, die sich jeweils als legitime Fortsetzung der Unternehmungen der 1889 gegründeten Carl-Zeiss-Stiftung verstanden, thematisiert *André Steiner* in seinem Beitrag. Er kann allerdings weniger kotransformierende Effekte konstatieren, als vielmehr hausgemachte unternehmerische Probleme herausarbeiten, die auf unzureichende Reaktionen auf globale Marktveränderungen zurückzuführen waren. Von merklicher Zurückhaltung mit Blick auf mögliche Lernpotenziale angesichts der Transformation im Osten waren auch die zeitgenössischen Wahrnehmungen und Deutungen in den lokalen und regionalen Medien des Ruhrgebiets geprägt, die *Stefan Berger* in seinem Beitrag untersucht: In deren Lesarten ließen sich aus den östlichen Umbrüchen kaum Lehren für die seit Jahrzehnten mit dem »Strukturwandel« ringenden Industrieregionen Nordrhein-Westfalens ziehen. Damit bestätigt dieser Beitrag eine immer wieder zu beobachtende Tendenz,

dass die Umbrüche in Ostdeutschland im Westen oftmals dazu benutzt wurden, eigene Deutungsmuster eher zu stabilisieren als zu hinterfragen. Es bleibt künftigen Forschungen vorbehalten, genauer herauszuarbeiten, inwieweit in Westdeutschland zumindest mittelfristig doch stärkere Kotransformationseffekte auftraten, als es der Blick in die unmittelbare Nachgeschichte der deutschen Einigung bislang zu offenbaren vermag.

Anmerkungen

- 1 Die meisten Beiträge dieses Bandes wurden am 29. und 30. Oktober 2021 auf einem Workshop zur Geschichte der »Ko-Transformation nach 1990« im Kulturwissenschaftlichen Institut Essen zur Diskussion gestellt. Die Herausgeber danken dem KWI und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die professionelle Tagungsorganisation sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die großzügige finanzielle Förderung des Workshops.
- 2 Vgl. Der Berliner Appell »Frieden schaffen ohne Waffen«, verfasst von Robert Havemann und Rainer Eppelmann, 25.1.1982, in: Jugendopposition in der DDR, <https://www.jugendopposition.de/node/150380> (Zugriff am 19.5.2022).
- 3 Diese Unterscheidung bei Martin Sabrow, Zäsuren in der Zeitgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.6.2013, <https://docupedia.de/zg/Zaesuren> (Zugriff am 19.5.2022).
- 4 Eric J. Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1984.
- 5 Ursula Weidenfeld, »Wandel durch Handel«? Dieser epochale Irrtum trifft Deutschland besonders hart, in: *Welt* (online), 18.4.2022, <https://www.welt.de/wirtschaft/plus237781839/Wandel-durch-Handel-Wie-Deutschland-der-epochale-Irrtum-trifft.html> (Zugriff am 30.5.2022).
- 6 Barbara Tuchman, Wann ereignet sich Geschichte? [1964], in: dies., *In Geschichte denken. Essays*, Düsseldorf 1982, S. 31–39, hier S. 31.
- 7 Marcus Böick/Constantin Goschler/Ralph Jessen, Die deutsche Einheit als Geschichte der Gegenwart. Einleitung, in: dies. (Hg.), *Jahrbuch Deutsche Einheit 2020*, Berlin 2020, S. 9–23.
- 8 Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Deutsche Geschichte II: Vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000.
- 9 Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2016 [2014].
- 10 Siehe den Beitrag von Philipp Ther in diesem Jahrbuch, S. 15–36, hier S. 20 f.